

- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Aktuelle Meldung

Gemeinsame Erklärung soll außerschulische Geschichtsorte stärken

09.11.2021

Staatssekretärin Sandra Boser MdL: „Gedenkstätten, Museen, Archive und viele weitere Orte machen Geschichte für Schülerinnen und Schüler erlebbar. Mit unserer Erklärung stärken wir die Bedeutung dieser Geschichtsorte für den Unterricht.“



M.Dörr & M.Frommherz - stock.adobe.com

Außerschulische Lernorte wie Museen, Gedenkstätten oder Archive sind für die politische Bildung und auch für die Demokratiebildung der Schülerinnen und Schüler unabdingbar. Sie ermöglichen ihnen eine konkrete Auseinandersetzung mit den Erfahrungen von totalitären Regimes, dem Ringen um Demokratie und dem Aufbau demokratischer Strukturen. Außerschulische Geschichtsorte machen damit Geschichte für Schülerinnen und Schüler erlebbar und auch besser greifbar. Um diese wichtige Arbeit zu stärken, hat das Kultusministerium zusammen mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) sowie weiteren Partnern aus Land und Bund eine gemeinsame Erklärung zur Förderung von historisch-politischer Bildung an außerschulischen Geschichtsorten in Baden-Württemberg erarbeitet. Staatssekretärin Sandra Boser MdL hat diese Erklärung gemeinsam mit einigen Partnern heute (9. November 2021) bei einem Festakt unterzeichnet.

„Das Grauen der nationalsozialistischen Diktatur lässt sich am eindrücklichsten in Gedenkstätten wie in Grafeneck nachvollziehen. Man lernt am besten, was Widerstand damals bedeutete, wenn man sich in Ulm auf die Spuren der Weißen Rose begibt. Aus Dokumenten in den Archiven und in unserem Haus der Geschichte lässt sich der Aufbau demokratischer Strukturen - und was das für die Menschen damals bedeutet hat - am besten nacherleben“, sagt Boser. Sie betont: „Die außerschulischen Geschichtsorte machen Geschichte greifbar und erlebbar. Ich freue mich und es ist mir ein persönliches Anliegen, dass wir mit vielen Partnern in einer gemeinsamen Erklärung die Bedeutung der Geschichtsorte für den Unterricht weiter stärken.“

Erklärung soll regionale Kooperation stärken

Mit der gemeinsamen Erklärung möchten die Partner die regionale Zusammenarbeit stärken. Dafür sollen Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und außerschulischen Gesichtsorten vor Ort geschlossen werden. Dafür bietet Baden-Württemberg mit seinem dichten Netz an außerschulischen Gesichtsorten viele Möglichkeiten. Die Kooperationen können Führungen und Besuche, Selbsterkundungen (auch mit digitalen Medien), ganztägige Quellenarbeit und Projektarbeit, „Schüler führen Schüler“-Formate oder die Beteiligung an Veranstaltungen am Lernort umfassen. Die Partnerschaft soll dann auch entsprechend im Schulcurriculum berücksichtigt werden.

„Vor allem die Beschäftigung mit Ereignissen oder Prozessen, die vor Ort in ihrer Region stattgefunden haben, macht Demokratie für die Schülerinnen und Schüler erlebbar. Indem wir diese Zusammenarbeit stärken, möchten wir Demokratie anschaulicher werden lassen und das Demokratieverständnis der Kinder und Jugendlichen fördern“, sagt die Staatssekretärin. In besonderem Maße eignet sich dabei die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus, mit der Geschichte der Vielfalt im Südwesten und mit dem Ringen um Partizipation und Demokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Diese Angebote sollen sich an Schülerinnen und Schüler aller Schularten, mit besonderem Schwerpunkt auf den Sekundarstufen I und II, richten.

Fortbildungsangebote und Unterstützung für Schulen

Die Schulen und die außerschulischen Gesichtsorte sollen bei der Arbeit durch Fortbildungen und Material für den Unterricht unterstützt werden. Natürlich sollen die beteiligten Partner den Schulen auch dadurch helfen, dass sie Beratungen anbieten und bei den Bildungspartnerschaften unterstützen. So wird das Kompetenzzentrum für Geschichtliche Landeskunde des ZSL regelmäßig Fortbildungen bzw. Fachtage zur Förderung von Bildungspartnerschaften anbieten und Unterrichts- sowie Informationsmaterialien erstellen.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung, das Landesarchiv Baden-Württemberg, das Haus der Geschichte Baden-Württemberg, die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg und die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte bieten – im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten – Fortbildungen an, erstellen Module und Praxisangebote, beraten und unterstützen Schulen bei Projektarbeiten und öffnen ihre Einrichtungen für Besuche und Praxistage von Schulklassen und Schulen.

Weitere Informationen

Die gemeinsame Erklärung haben die folgenden Partner unterzeichnet:

- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, vertreten durch Staatssekretärin Sandra Boser MdL
- Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (ZSL), vertreten durch den Präsidenten Dr. Thomas Riecke-Baulecke
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB), vertreten durch die Direktorin Sibylle Thelen
- Landesarchiv Baden-Württemberg, vertreten durch den Präsidenten Prof. Dr. Gerald Maier
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg, vertreten durch Frau Dr. Caroline Gritschke
- Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg, vertreten durch Herrn Felix Köhler
- Arbeitsgemeinschaft Kommunalarchive Baden-Württemberg, vertreten durch Prof. Dr. Ulrich Nieß
- Arbeitsgemeinschaft Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, vertreten durch Prof. Dr. Wolfgang Sannwald
- Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, vertreten durch Frau Archivoberrätin Dr. Elisabeth Thalhofer

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Kategorie:

Aktuelle Meldung Abteilung 7 Schule